

Argumente und Positionen

Internationale und nationale Klimapolitik

Auf der UN-Klimakonferenz Ende 2015 wurde das Paris-Abkommen beschlossen, das eine Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf deutlich unter 2 Grad zum Ziel hat. Die Reduktionszusagen vieler Staaten – besonders der größten Wettbewerber der EU – bleiben jedoch weit hinter den EU-Zielen zurück. Sie zeigen so keinen Weg zum 2-Grad-Ziel auf. Die europäische Industrie muss weiter den weltweit ambitioniertesten Reduktionspfad für Treibhausgase verfolgen. Dadurch hat die industrielle Produktion in Europa Belastungen zu tragen, die internationale Wettbewerber nicht haben.

Kein Grund für höhere Klimaziele

Das Abkommen von Paris hat keine vergleichbaren Wettbewerbsbedingungen geschaffen. Es liefert daher keinen Grund, die Klimaziele der EU und Deutschlands bis 2020 beziehungsweise für 2030 zu verschärfen oder die derzeitigen Regeln zur Verhinderung von Carbon Leakage im Emissionshandel zu lockern. Eine Abwanderung energieintensiver Produktion ins Ausland würde nur einer Verlagerung der Emissionen Vorschub leisten, gleichzeitig aber die Gefahr von Verlusten bei Arbeitsplätzen und Investitionen mit sich bringen. Wirksame Maßnahmen gegen ein solches "Carbon Leakage" sind daher im Rahmen des EU-Emissionshandels und auf nationaler Ebene weiterhin unabdingbar.

Kosteneffizienz und Marktmechanismen

Die chemische Industrie unterstützt das EU-Langfristziel von 80-95 Prozent weniger Treibhausgasemissionen bis 2050 als Beitrag

zur Erreichung des globalen 2-Grad-Ziels. Dieses Ziel lässt sich nur nachhaltig umsetzen, wenn ökologische, ökonomische und soziale Faktoren gleichermaßen berücksichtigt werden. Daher sind jeweils die kostengünstigsten Optionen für eine CO₂-Reduktion zu wählen. Das Paris-Abkommen hat eine Grundlage für globale Kooperationen geschaffen in Form von internationalem Emissionshandel sowie internationalen Marktmechanismen. Der Zugang zu solchen Mechanismen ist als Option für die Emissionsreduktion in Europa wichtig, um die Kosteneffizienz bei Reduktionsanstrengungen zu erhöhen und um Carbon Leakage zu vermeiden. Als erster Schritt für einen globalen Emissionshandel wäre zudem ein Handelssystem auf G-20-Ebene erstrebenswert.

Nationaler Klimaschutzplan 2050

Der verabschiedete Klimaschutzplan 2050 sieht spezifische Sektorzielkorridore und Maßnahmen vor, die in allen Sektoren zu einer Verringerung der Emissionen führen – auch für Bereiche, die bereits durch den EU-Emissionshandel reguliert sind. Das Instrument des Emissionshandels garantiert aber bereits, dass Industrie und Energiewirtschaft ihre Klimaziele auf EU-Ebene sicher erreichen. Zusatzmaßnahmen im Rahmen nationaler Sektorziele in diesen Bereichen bringen für den Klimaschutz nichts. Treibhausgase, die Deutschland durch meist teure Maßnahmen in diesen Sektoren vermeidet, können in anderen Ländern der EU im Rahmen des ETS wieder ausgestoßen werden. Insgesamt sinken die EU-Emissionen dadurch nicht.

DAFÜR SETZT SICH DER VCI EIN

Maßnahmen zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit sichern Wertschöpfung

Die europäische Industrie braucht Maßnahmen gegen Carbon Leakage, bis weltweit faire Wettbewerbsbedingungen erreicht sind. Dies ist dann der Fall, wenn Industriesektoren weltweit vergleichbaren Reduktionspflichten unterliegen. Nationale Klimaziele wie das von der Bundesregierung angestrebte 40-Prozent-Ziel sollten sich auf Sektoren außerhalb des Emissionshandels beziehen. Dies sollte auch der Klimaschutzplan 2050 berücksichtigen.

Anrechnung von internationalen Marktmechanismen beibehalten

Das Abkommen von Paris hat die Rolle der internationalen Zusammenarbeit für den weltweiten Klimaschutz gestärkt. Daher sollten internationale Marktmechanismen weiter zur Minderung von Treibhausgasen angerechnet werden können.

Nationale Sektorziele sind zu vermeiden, wenn sie nicht im Einklang mit EU-Zielen stehen. Den EU-Emissionshandel ergänzende nationale Reduktionsmaßnahmen für Industrie und Energiewirtschaft belasten zusätzlich die chemische Industrie, sie tragen aber nicht zum Klimaschutz bei. Es werden hierdurch Emissionen innerhalb des Emissionshandels lediglich in andere Länder verschoben.